

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 19

Artikel: Vielvölkerstaat im Vielfrontenkampf : jugoslawischer Herbst mit einer weiter kriselnden Innenpolitik
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094488>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jugoslawischer Herbst mit einer weiter kriselnden Innenpolitik

In den eineinhalb Jahren seit Titos Tod ist in Jugoslawien die grosse Krise im maximalen Sinne ausgeblieben, aber es kriselt an vielen Orten. Kosovo war ein Warnzeichen, das man auszulöschen versucht statt es zu begreifen. Das ist symptomatisch. Ein verunsichertes Regime wittert den Feind nicht nur hinter den Albanern, sondern hinter allen ethnischen und religiösen Gruppierungen, die es nicht selbst geschaffen hat. Die innenpolitische Stimmung ist zunehmend gereizt; Repression und Trotz steigern einander. Das gibt keine guten Aussichten für den Zusammenhalt der Nation.

Vielvölkerstaat im Vielfrontenkampf

In Jugoslawien erhalten schon die gewohnten Probleme ungewohnte Ausmasse. Die Arbeitslosigkeit hat im August den Rekordstand von 30 Prozent erreicht (wobei man auf dem Land noch viele Fachleute brauchen könnte, die in den Städten auf Beschäftigung warten). Die Teuerung galoppiert wieder, wie man aus den jüngsten Preisaufschlägen ersieht: Zucker 30%, Milch 46% und Speiseöl gleich 125%. Wenigstens hat man eine gute Touristensaison hinter sich, aber die herbstliche Vorratlegung geschieht nicht zuletzt in Form von vielfacher Privathamsteri, die den Warenmarkt noch mehr belastet.

Die Alltagsorgen sind alle da. Aber einen Hauptanlass zur Sorge gibt die innenpolitische Lage. Sie wird durch ein System verschlechtert, das die Autorität zu beweisen versucht, die es verloren hat.

Als im August der Parteiveteran Stevan Doronski starb, langjähriger Mitarbeiter Titos in KP-Führung und Regierung, ehrte ihn die jugoslawische Presse nicht nur in dieser Eigenschaft. Vielmehr rühmte sie bei dieser Gelegenheit auch seine frühe revolutionäre Tugend und vermerkte hierzu ausdrücklich, dass er zur Zeit der Vorkriegsmonarchie in Belgrad unter anderm Studentendemonstrationen organisiert hatte.

Dieser Nachruhm war zweifellos seit einiger Zeit für einen Jubiläums- oder Todesfall vorbereitet, und man kann annehmen, dass er im gegebenen Zeitpunkt ohne grosses Ueberlegen publiziert wurde. Aber das hindert nicht, dass die Stelle mit den Studentendemonstrationen im heutigen Jugoslawien wie blanker Hohn wirkt. Weil das, was man unter dem König ungestraft tun durfte, heute mit demonstrativer Rachejustiz verfolgt wird.

Abrechnung in Kosovo

Als jener Nekrolog erschien, brachten die jugoslawischen Zeitungen praktisch Tag für Tag abschreckende Berichte über die Verurteilung von Jugendlichen zu hohen Gefängnisstrafen. Wegen Teilnahme an Demonstrationen. Oder auch nur wegen Verfertigung politischer Wandinschriften.

In vollem Gange ist in Jugoslawien die Abrechnung wegen der Unruhen in Kosovo vom März und April dieses Jahres. Studentische Unzufriedenheit mit universitären Zuständen hatte dort in zahlreiche Grossdemonstrationen gemündet, in einen Quasaufstand der albanischen Bevölke-

rung, die gut drei Viertel der 1,6 Millionen Einwohner in der südserbischen Autonomen Provinz stellt.

Die Unruhen hatte man vor fünf Monaten mit polizeilichen und sicherheitsdienstlichen Mitteln niedergeschlagen; es gab laut offizieller Darstellung 9 und laut oppositionellen Berichten 230 Tote.

Ein paar Jährchen für jugendliche Wändebeschmierer

Danach hätte es für das Regime jeden Grund gegeben, eine Versöhnungspolitik zu betreiben. Aber sie ist ausgeblieben. Mangels einer alternativen Politik hat man zu Sanktionen gegriffen. Die Spitze des Eisberges sind dabei nur die gerichtlichen Verurteilungen. — Laut Mitteilung vom Innenministerium gab es allein im August 154 Strafverfolgungen, bei denen es um ein Jahr Gefängnis ging oder mehr bis viel mehr.

Gerade heute kann man in Westeuropa, wo an vergleichbaren Tatbeständen kein Mangel ist, die Strafzumessungen im «liberalkommunistischen» Jugoslawien würdigen. Besser als selektive Polizeistatistiken zeigen konkrete Beispiele, wie die Normen dort sind. Die «Delikte» fanden zum Teil vor oder nach den direkten Unruhen vom Frühling statt.

● 5 Jahre Gefängnis erhielt der 17jährige Schüler Sokol Mustafa. Er hatte im Herbst vor einem Jahr, am 28. 11. 1980 (albanischer Nationalfeiertag), in seiner Mittelschule «pro-albanische Sprüche» an die Wände geschmiert.

● Das gleiche Verbrechen begingen drei junge Leute im Juli dieses Jahres. Sie malten nächtlicherweise in zwei Dörfern Kosovos an 8 Häusern und einem Stationsgebäude feindliche Parolen, die man diesmal sogar im Wortlaut mitgeteilt hat («Vjesnik», Zagreb, 1. 9. 1981). Nämlich: «Steht auf, albanische Brüder!» und «Weg mit dem jugoslawischen Revisionismus!» und «Es lebe die Republik Kosovo!». Dafür kriegten sie zwischen 2 und 6 Jahren Gefängnis.

● Gani Jetischi, Theaterdirektor in Djakovica, erhielt 3 Jahre dafür, dass er im Kulturhaus ein Tito-Bild von der Wand hängte und übrigens draussen unversehrt hinstellte.

● Noch schwerer als Majestätsbeleidigung wiegt natürlich Feindkontakt. Der Student Gani Krasniqi hatte in den letzten 3 Jahren 9 Begegnungen mit albanischem Botschaftspersonal und

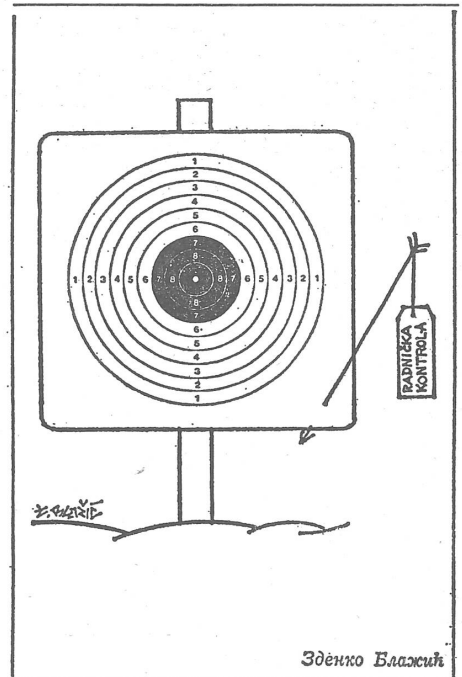
Telefongespräche erst noch dazu. (Welches Gesetz verbietet das eigentlich?) Dafür hat er 15 Jahre gekriegt. Oder nicht nur deshalb allein. Denn er hat über «touristische Kanäle» auch noch politische Bücher aus Albanien bezogen. (Mit ihrer Lektüre wäre er bestraft genug gewesen, aber offenbar kann sich die jugoslawische Justiz keine unverkrampte Einstellung leisten.) Er hat die Bücher freilich auch weitergereicht. Und die Benützer der feindlichen Literatur erhielten 5 Jahre (ein Arbeiter) bis 11 Jahre (ein Professor) Zuchthaus.

● 15 Jahre kriegte auch der Gründer einer «irredentistischen Gruppe» namens «Lokalkomitee von Glogovac» mit Kontakten zur «Roten Volksfront» in Westdeutschland, der 22jährige Ex-Polizist Bajram Gaschi. Für die gewöhnlichen Mitglieder der feindlichen Zelle gab es immer noch Strafen zwischen 7 und 14 Jahren.

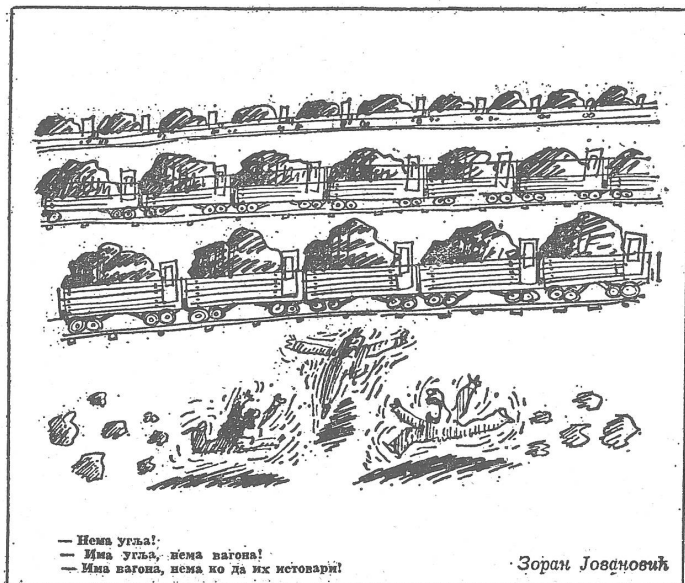
● Und die Demonstranten vom April und Mai? Als solche wurden (und werden) zahlreiche Personen verurteilt, vorwiegend Schüler, Studenten, Lehrer und Jungarbeiter. Meistens variieren die Strafen zwischen 2 Jahren (Mitläufer) und 9 Jahren (Anstifter). Eine Rolle spielt auch der angerichtete Sachschaden und der Feindlichkeitsgrad der mitgeführten Slogans: die Verbreitung «nationaler Hassparolen» trägt 2 bis 3 Zusatzjahre ein. Als maximalfeindlich gilt die (im Frühling überall verbreitete) Losung «Republik (Kosovo) und Verfassung, wenn nicht friedlich, dann mit Gewalt!». Wenn sich die Demonstrationsdelikte kumulieren und Steinwürfe auf Polizisten hinzukommen, steigen die Strafen auf 11 Jahre Zuchthaus.

Der geschaffene «Lehrermangel»

Alle aufgezählten Tatbestände und Strafen sind der jugoslawischen Presse entnommen. Unzufriedene aller Länder, hütet euch vor einer liberalkommunistischen Zukunft ...



Die sozialistischen Normalprobleme kommen hinzu. Hier der Treffer der «Arbeitskontrolle». («Borba», Belgrad, 14. 8. 1981)



— Нема угля!
 — Има угля, нема вагона!
 — Има вагона, нема ко да их истовари!

Зоран Јовановић

— Es gibt keine Kohle!
 — Gibt es aber doch Kohle, so gibt es keine Eisenbahnwaggons!
 — Gibt es aber doch Eisenbahnwaggons, so gibt es niemanden, der sie abladen würde!
 («Borba», 17. 8. 1981)

Ein klassischer Witz in aktueller Abwandlung. Tatsächlich muss im internationalen Güterverkehr Jugoslawien seinen ausländischen Partnern laufend Konventionalstrafen bezahlen, weil das Entladen der Waggons so lange geht. Bei uns dauert das so viele Wochen, wie es im Ausland Tage dauert, spottet die jugoslawische Presse.

schen Auseinandersetzung und nichts weiter. Wiederum eine andere Frage ist es, wem der zwischenstaatliche Krach von Jugoslawien und Albanien nützt. Am meisten wahrscheinlich dem Hauptschiedsrichter in Moskau.

Manipulierte Prozesse in Kroatien

Die verfehlte Albanerbehandlung ist ein Symptom dafür, dass man sich in Belgrad der eigenen Autorität und der gesamtjugoslawischen Sache nicht sicher fühlt. Man wittert auch an den andern «Fronten» überall Feinde, schlägt auf sie ein — und schafft sie sich.

In Kroatien haben dieses Jahr wieder mehrere Prozesse gegen intellektuelle Dissidente stattgefunden, die man in übelster Manier als Ustaschi-Freunde und Auslandsagenten zu diffamieren pflegt. Jetzt hat man am 9. September den ehemaligen Zagreber Universitätsprofessor Marco Veselic zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte in einem vermeintlichen Interview für den «Spiegel», das dann in eine jugoslawienkritische BRD-Publikation geriet, die historische und heutige Politik Serbiens in Kroatien angeprangert. Zum Gesinnungsdelikt konstruierte man noch Kontakte zu ausländischen Organisationen; eine diesbezügliche Zeugin nahm vor Gericht ihre sicherheitsdienstlich erzwungene Aussage zurück, die man trotzdem als «gültig» anerkannte. Ein regelrechtes Terrorverfahren also, und ein Bruch sowohl mit dem nationalen wie auch mit dem internationalen Recht.

Die Scheinlösung der Kroatenfrage durch die Säuberungen von 1970/71 war offensichtlich unbehelflich. Soll sie jetzt repetiert werden?

Langsam aber sicher vergiften Partei und Staat das Verhältnis zu ganzen Bevölkerungsteilen.

Auf zum Kirchenkampf!

In einem Brennpunkt steht dabei eine Kampagne gegen die katholische Kirche.

Es erweist sich, dass die Wiederbelebung von historischen und historisch falschen Anschuldigungen gegen den toten Kardinal Stepinac diesen Frühling kein «Ausrutscher» übereifriger

Wie schon vorhin gesagt, sind die gerichtlich verhängten Strafen nur ein kleiner Teil der Sanktionen insgesamt. Der grössere Teil besteht aus Säuberungen und Entlassungen.

Davon betroffen sind neben den Medien vor allem die Mittel- und Hochschulen. Auf das neue Schuljahr hin hat man vorsorglich alle Lehrkräfte ausgebootet, die autonomistische Sympathien hatten durchblicken lassen, und dazu gehören im albanischen Bevölkerungsteil offenbar ausgesprochen viele Unterrichtsleute. Als Folge herrscht in Kosovo ein akuter Lehrermangel. Als im August die ausgeschriebenen Lehrstellen immer noch nicht besetzt waren, fragte man auch in andern Landesteilen beliebige Mathematiker, Chemiker usw. an, ob sie nicht an einer Mittelschule in Kosovo unterrichten möchten.

An der früher überfüllten Universität von Pristina, der Hauptstadt von Kosovo, sind nach der Relegation aufrührerischer Studenten viele Studienplätze frei geworden. Um sie zu besetzen, hat man eine Nachtragsimmatrikulation durchgeführt. Damit konnten die Reihen in der naturwissenschaftlichen Fächern aufgefüllt werden. Hingegen gab es an der philosophischen Fakultät noch Hunderte von freien Plätzen für Studenten albanischer Muttersprache. Vermutlich verhält es sich so: Wer Albanisch spricht, darf dieses weltanschauliche Fach aus politischen Gründen nicht studieren, und wer politisch genehm ist, spricht nicht Albanisch.

Etwas Positives ist immerhin auch geschehen. Die Logierungs- und Verpflegungsmängel, die den Studentenprotest im März gezündet hatten, sind durch bauliche, organisatorische und finanzielle Massnahmen behoben worden. Nur ist dieser Flick zur Lösung der aufgebrochenen Minderheitenfrage schon längst nicht mehr behelflich.

Zur kulturellen Bewältigung der Situation geht man zum Beispiel daran, in Kosovo und Montenegro (auch dort gibt es eine albanische Minderheit) die Lehrpläne für Literatur neu zu gestalten. Um das albanische Volkstum besser zu berücksichtigen? Man kriegt Zweifel, wenn man liest, was die Belgrader «Politika» (26. 8. 1981) dazu schreibt: «Unsere Geschichte darf durch

die Literatur nicht desavouiert werden. Man kann den Serben in Kosovo nicht die Thesen von Gross-Albanien als Lektüre zumuten.»

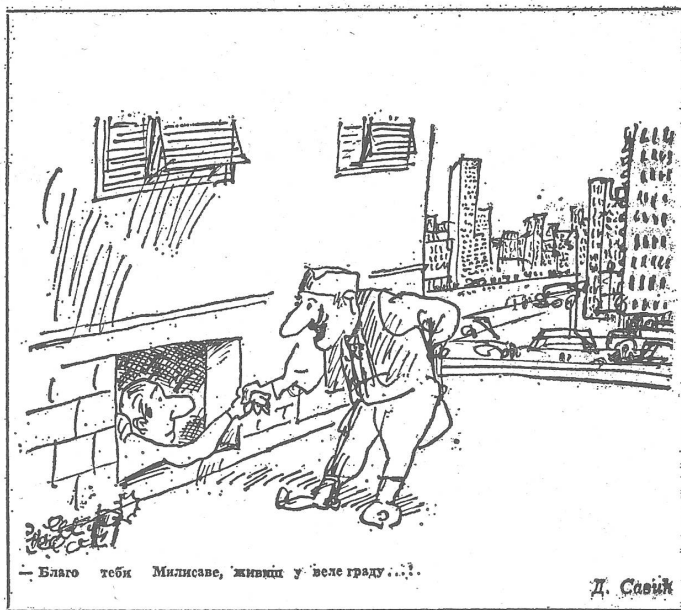
Das ruft ja direkt der Gegenfrage, ob man denn dem albanischen Bevölkerungsteil die Thesen von Gross-Serbien zumuten dürfe. Aber eine solche Frage gehört zur staatsfeindlichen Propaganda, die bestraft wird.

Was zählt Albanien?

Die jugoslawischen Behörden wollen erklärterweise die nationalen Hassgefühle bekämpfen. Aber sie geben ihnen Nahrung.

Die Propaganda aus Albanien ist hierbei der falsche Faktor.

Sicherlich gibt das Regime in Tirana antijugoslawische Töne von sich und unterstützt «seine» Albaner. Aber die miese stalinistische Diktatur jenseits der Grenze strahlt von selbst keine Faszination aus, und wenn sich erboste jugoslawische Skipetaren aus Trotz auf sie berufen sollten, so wäre das ein Element der innerjugoslawi-



«Sei dankbar, Milisav, dass du in einer Grossstadt lebst...»
 («Borba», 13. 8. 1981)

In den überfüllten Städten gibt es übrigens auch eine grosse Arbeitslosigkeit, während man auf dem Land vergebens nach geschultem Fachpersonal sucht.

— Благо теби Милисаве, живиш у вели граду...!

D. Casik

Funktionäre war. Denn nachher ging es weiter mit System. Wie in längst vergessenen geglaubten Zeiten legte die Parteipresse gegen «Nationalklerikalismus» los und warf kirchlichen «Kreisen und Organisationen» staatsfeindliche Komplote zwecks Machtusurpierung vor. Wobei es — keineswegs unnatürlich beim bestehenden Monopol der Macht — wohl zutreffen dürfte, dass Leute mit legitimen (und begreiflichen) oppositionellen Gefühlen ihre Stütze dort suchen, wo es eine Organisation gibt, die wenigstens nicht parteilich definiert ist: die Kirche. Und weil man sie als unpolitischen Gegenpol nicht gelten lässt, wird sie — durchaus gegen ihren Willen — zum Politikum.

Ein Fatima in Montenegro: Die Polizei schlägt zu

Unter diesen Vorzeichen ist in Jugoslawien die hässliche propagandistische und polizeiliche Behandlung eines Vorfalls zu sehen, der eigentlich nur rührenden Charakter hätte haben sollen. Es geht um die Rolle einer Mutter-Gottes-Erscheinung in der Herzegovina, bei der Kleinstadt Citluk.

Dort, in der Pfarrei Medjugorje, gaben sechs Kinder im Alter von 8 bis 16 Jahren (2 Knaben und 4 Mädchen) an, ihnen sei am Abhang des Berges Podbrda vom 24. Juni bis zum 3. Juli regelmässig die Madonna erschienen und habe mit ihnen gesprochen.

Die Berichte über die Erscheinung verbreiteten sich rasch, und bald strömten Tausende von Pilgern herbei, zunächst aus der Umgebung, später aus der ganzen Teilrepublik und schliesslich aus allen Teilen Jugoslawiens. Die katholische Hierarchie verhielt sich mit der üblichen Zurückhaltung in solchen Fällen und liess die Frage offen, ob es sich um ein subjektives Erlebnis der Kinder oder um ein übernatürliches Geschehen gehandelt habe.

Keineswegs agnostisch verhielten sich dagegen die Staats- und Parteigremien und ihre Presse. Zunächst entlarvten sie bloss die «typische Ma-

nifestation von Aberglauben» und «das Produkt unreifer Phantasie» von Mädchen und Buben aus angeblich schlechten Familienverhältnissen. Und dann entlarvten sie ein politisches Komplott.

Während der Strom der Besucher nach Citluk immer weiter anschwellte, berichteten die Zeitungen über «politische» Predigten von Priestern, die am Ort der Erscheinungen Gottesdienste abhielten, über politische Slogans auf den Felsbrocken des Berghangs und so weiter. In einem Nachbardorf wurden sechs Burschen verhaftet, die angeblich Ustaschi-Lieder gesungen hatten, «nachdem sie am Erscheinungsort gewesen waren» (was praktisch in der Nachbarschaft auf jedermann zutraf).

Nachdem man so eine rechte Kulturkampfatmosphäre angeheizt hatte, begann das massive Eingreifen der Polizei. Sie durchsuchte kirchliche Räumlichkeiten, beschlagnahmte Spendengelder, verhaftete Priester und Mönche.

Festgenommen wurde auch der Pfarrer von Medjugorje, Jozo Zovko. Angeblich wirft man ihm eine politische Predigtstelle vor, bei der er das Bibelwort zitierte: «Jesus sprach: Gott hat mich gesandt, um die Verliese zu öffnen und den Gefangenen und Sklaven die Freiheit zu geben. (...) Ich bin gekommen, damit du, Sklave, der du seit 40 Jahren Sklavendienst geleistet hast, sagen kannst: Sprengt meine Ketten...»

Man hat insbesondere die «40 Jahre» als politische Anspielung verstanden. Aber in diesem Falle könnte sie nur bedeuten, dass die Versklavung durch die faschistischen Okkupanten von 1941 und durch die Machthaber von 1981 eines und dasselbe ist. Und diese Meinung wäre das genaue Gegenteil von Ustascha-Propaganda, nämlich Propaganda gegen die verlängerte Ustascha-Herrschaft.

Wenn die Regimetreiber in Jugoslawien mit den Minderheiten bald nur noch polizeilich umzugehen wissen, ist das ein schlimmes Zeichen. Denn Jugoslawien besteht ja geradezu aus Minderheiten. Es sieht nicht gut aus für Land und Leute. id

CH-Killer von Jugoslawen?

Jagd frei auf Jugoslawen in der Schweiz! Das ist der Tenor eines Artikels, mit dem eine grosse jugoslawische Zeitung auf einen Tötungsfall in der Schweiz nachträglich zurückgekommen ist. Am 6. August hatte «Vjesnik», Zagreb, in sachlichem Ton eine Meldung gebracht (verkürzt):

Bei Arlesheim wurde der 25jährige Jugoslawe Dragan Timotijevic von einem schweizerischen Polizisten getötet. Als Grund gibt die Polizei an, Timotijevic habe sich, als man sein Auto anhält, nicht der geforderten Kontrolle unterzogen, sondern habe ins Handschuhfach gegriffen, als wolle er seine Waffe hervorholen. Darauf habe der Polizist geschossen und im Dämmerlicht schlecht getroffen. Timotijevic hatte falsche Papiere und 4500 Franken bei sich.

Am 26. August brachte die gleiche Zeitung dann einen kommentierenden Artikel dazu, in dem die Sache so angefasst wurde (gekürzter Auszug):

Bis jetzt hatte man in der Schweiz versucht, die Jugoslawen auf die feine Art loszuwerden, mit Ueberfremdungsiniciativen und Abstimmungen. Das hat sich als erfolglos erwiesen, und so hat man jetzt angefangen, auf die Jugoslawen zu schiessen, als seien sie Gesindel und gesellschaftlicher Abfall. Meistens (das bezieht sich auf ein früheres Tötungsdelikt; Anm. ZB) sind es private Bürger, die auf Jugoslawen schiessen; aber neuerdings tun es auch die Polizisten, die eigentlich für Sicherheit sorgen sollten. Zahlen die Jugoslawen in der Schweiz ihre Steuern für die Polizei dafür, dass diese ihre Rohre auf sie richtet? Dass D. T. schmutzige Geschäfte gedreht hat, ist erst später bestätigt worden; auch für ihn hätten Gesetze und Rechtsweg gelten müssen. Hat der Polizist nicht deswegen geschossen, weil Timotijevic ein Ausländer war?

Von den Kosovo-Toten und von der Anständigkeitsfrage abgesehen: Sollen wir der Zeitung den gleichen Wahrheitsgehalt unterstellen, wenn sie über andere Sachen schreibt? ■

Solidarisch mit Solidarnosc

Die innenpolitische Kraftmeierei eines nicht so starken Regimes in Jugoslawien darf nicht zum Schluss führen, dass man sich aussenpolitisch «entsprechend» prosojietisch verhalten würde. Für Polen wird das Gegengewicht der freien Gewerkschaft demonstrativ anerkannt. Der offizielle jugoslawische Gewerkschaftsbund liess sich am Solidarnosc-Kongress vertreten. Dort betonte der jugoslawische Sprecher das Recht der Polen, ihre Probleme ohne äussere Einmischung zu regeln, und sicherte den polnischen Arbeitern seine «echte Solidarität» zu: «... gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und jegliche Art von Vorherrschaft und Hegemonismus.» Im Klartext: gegen die sowjetischen Machtansprüche. ■

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.- (Ausland sFr./DM 42.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift

Lieber ZeitBild-Leser,

für Ihre Abonnenten-Treue danken wir Ihnen.
Als zusätzliche Dienstleistung stellen wir Ihnen eine
weitere Publikation unseres
Instituts vor,

damit Sie
in wenigen
Minuten
über Trends
und
Hintergründe
der Weltpolitik
informiert sind:

Dies ist ein Ausschnitt aus dem
Informationsbrief des Schweiz. Ost-
Instituts, der SOI-Bilanz. Sie erscheint
monatlich seit 1975 mit stets steigender
Auflage. Diese Analysen – auf 4 Seiten
resumiert – stehen auch Ihnen
zur Verfügung.

Coupon:

Bitte senden Sie mir die SOI-BILANZ einige Zeit zur Probe.
Selbstverständlich unverbindlich.

Name: _____

Adresse: _____

Ausschneiden und einsenden an: Schweiz. Ost-Institut SOI, Postfach, 3000 Bern 6



SOI-Bilanz

6. Jahrgang
Monatlich / Jahresab
Schweiz Fr. 80.— /
Übersee / Luftpostzu

Bern, Mitte 8

Nur für Abonnenten

* * Prioritäten und Aussenpolitik der USA unter Reagan wer
Zuerst kommt Wirtschaft, selbst Rüstung muss da etwas
Preis der hohen Zinsen ist, dass jedes Unternehmen mit Bargel
investiert und Wall Street meidet, womit dem Finanzsektor du
grosser Firmen scharfe Konkurrenz entsteht. Banken klagen,
weniger -- sie glaubt daran, dass Konjunktur langsam, aber
Aussenpolitik zeigt sich am Beispiel des Widerspruc
und Saudiarabien: Waffen und Technologie (AWACS) sollen d
werden, weil USA-Interesse Stärkung Riads verlange. Begin
in Washington hören, Israel sei nicht der einzige Alliiert
USA würden nicht ihm zuliebe andere Möglichkeiten aufgebe
zu stützen. Wenn er sich nicht damit abfinden könne...
erhielt wohltonende Formeln wie "strategische Zusammenar
dass kein noch so treuer Allierter ein Vetorecht über I
Israel-Lobby wird bestimmt mobilisiert, noch is
Interessant, ob Reagan als erster USA-Präsident

* * Neuer Terror gegen USA-Präsenz könnte deutsch
SPD-FDP-Ehe so brüchig, dass Schmidts Politik
genannt wurde. Alle Kader der Koalition schiessen a
Kanzler, Willy Brandt und Herbert Wehner, die ihre r
noch diskret behandeln. Führer FDP-CDU sind Tatsac
Gewalt gegen USA-Präsenz, zwei Attentate, Krawall r
Geschichte zeigt, dass seinerzeit bei RAF-Terrorwe
bestehende Regierung scharfen. Alternativen (Stra
Führung) nicht attraktiv. Morsche Ehe dank Terro

* * Grund der Verhaftungswelle in Aegypten:
Nicht im höheren Geschäftssektor (Oel,
aber im untern Mittelstand und Volk: Schlanges
nur schlechte Nahrungsmittel, für Aermste, sin
unbezähmbar, Landflucht ebenfalls. Sadats grü
bis jetzt: Er hat Urhoffnung auf Frieden und
Volkes -- nach grausamen Enttäuschungen am Er
eben nur fast erfüllt. "Friede" mit Israel,
geschickt organisiert, verliert an Attraktiv
Methoden florieren Oppositionsgrupp
von Islam-Fundamental
Verdammern von